

SuS06-Ä1NEU Anpassung der Beitrags- und Kassenordnung

Gremium: Kreisvorstand/Stefan Fuchs/OVs
Beschlussdatum: 01.08.2020
Tagesordnungspunkt: 6 Finanzautonomie der Ortsverbände

Antragstext

1 Beitrags- und Kassenordnung von Bündnis 90/Die 2 Grünen KV Rotenburg Wümme

3 Geändert am 29.08.2020, KMV Stimmen

4 §1 Mitgliedsbeitrag

- 5 1. Der Mitgliedsbeitrag soll mindestens 1% vom Nettoeinkommen betragen. Über
6 Ermäßigungen für Personen mit geringem oder keinem Einkommen, die ihre
7 Beiträge nicht steuerlich geltend machen können, entscheidet der Vorstand
8 der zuständigen Gliederung auf Antrag.
- 9 2. Die Beiträge sollen im Voraus an die für den Beitragseinzug zuständige
10 Gliederung geleistet werden.
- 11 3. Der Kreisverband zahlt die ihm vom Landesverband zur Quartalsmitte in
12 Rechnung gestellten Beitragsanteile für den Landes- und Bundesverband
13 (Voraussetzung zur Entsendung stimmberechtigter Delegierter zur LDK).
- 14 4. Die Ortsverbände zahlen die Beitragsumlage für den Kreis-, Landes- und
15 Bundesverband jeweils zur Quartalsmitte an den Kreisverband.
- 16 5. Die Höhe der Beitragsumlage für den Kreisverband legt die
17 Kreismitgliederversammlung fest.
- 18 6. Der Vorstand der jeweiligen Gliederung ist verantwortlich für die Pflege
19 der Mitgliederdatei.

20 §2 Mandatsbeiträge

- 21 1. Mandats- und AmtsträgerInnen und vom Vorstand oder der Fraktion entsandte
22 Personen in Aufsichtsgremien leisten neben ihren satzungsmäßigen
23 Mitgliedsbeiträgen MandatsträgerInnenbeiträge an die jeweilige Gliederung
24 (Kreisverband oder Ortsverband). Falls kein Ortsverband mit eigener Kasse
25 [\[HS1\]](#) besteht, sind die Mandatsbeiträge der Ortsebene an den Kreisverband
26 zu zahlen.
- 27 2. Die Höhe der MandatsträgerInnenbeiträge von Amts-, MandatsträgerInnen auf
28 Kreisebene und vom Kreisverband entsandten Personen beträgt mindestens 50%
29 der jeweiligen Aufwandsentschädigung und der Sitzungsgelder. Auf Zuschläge
30 für Funktionen wie z.B. Fraktionsvorsitz oder stv. BürgermeisterIn, wird

- 31 analog ein Beitrag von 50% erhoben. Der Beitragssatz von 50% gilt ab der
32 Wahlperiode 2021-2026.
- 33 3. Für Amtsinhaber und Mandatierte, die die Mandatsbeiträge nicht steuerlich
34 geltend machen können, können die Beiträge auf Antrag um die Hälfte
35 reduziert werden, Kürzungen von staatlichen Transferleistungen aufgrund
36 der Einnahmen aus dem Mandat können auf Antrag bei den Mandatsbeiträgen
37 berücksichtigt werden.
- 38 4. Die MandatsträgerInnenbeiträge werden monatlich (alternativ bei den
39 Mandatsbeiträge aus Sitzungsgeldern vierteljährlich) an den KV/ OV
40 gezahlt.
- 41 5. Der/die KassiererIn informiert im Rahmen des jährlichen Finanzberichtes
42 parteiintern an die MV über die Einhaltung der Mandatsbeitragsregelung.
43 Hierfür teilen die Mandatierten und entsandten Personen den KassiererInnen
44 vorab die erhaltenen Aufwandsentschädigungen und die tatsächlich gezahlten
45 Sitzungsgelder mit.

46 §3 Spenden

- 47 1. Der Kreisverband ist berechtigt, Spenden unter Berücksichtigung des
48 Parteiengesetzes anzunehmen. Spenden verbleiben bei dem entsprechenden
49 Gebietsverband, sofern der/ die SpenderIn nichts anderes verfügt hat.
- 50 2. Zur Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen (Spendenbescheinigungen) ist
51 nur das für das Finanzwesen verantwortliche Vorstandsmitglied des
52 Kreisverbandes berechtigt. Für Zuwendungsbestätigungen dürfen nur die
53 Vordrucke verwendet werden, die vom Landesverband freigegeben worden sind.
54 Hiervon verbleibt bei dem ausstellenden Kreisverband eine Durchschrift der
55 unterschriebenen Bestätigungen.

56 §4 Haftung

- 57 1. Der Kreisverband darf keine finanziellen Verpflichtungen eingehen, für die
58 keine Deckung im Vermögen und auf dem Konto und der Handkasse vorhanden
59 ist. Ein negatives Reinvermögen ist nicht zulässig. Für vom Vorstand nicht
60 genehmigte Rechtsgeschäfte haftet nur, wer sie veranlasst hat.
- 61 2. Begeht eine Gliederung der Partei Verstöße gegen das Parteiengesetz, die
62 mit Sanktionen bedroht sind, in dem sie z. B. ihrer Rechenschaftspflicht
63 nicht genügt, rechtswidrig Spenden annimmt, Mittel nicht den Vorschriften
64 des Parteiengesetzes entsprechend verwendet, so haftet sie für den
65 hierdurch entstandenen Schaden. Die Haftung der handelnden Personen bleibt
66 davon unberührt.

67 §5 Kassenführung und Haushalt

- 68 1. Der Kreisverband und seine Untergliederungen dürfen ihre finanziellen
69 Mittel ausschließlich für die den Parteien nach dem Grundgesetz und dem
70 Parteiengesetz obliegenden Aufgaben verwenden.
- 71 2. Die Mitglieder des Kreisvorstandes, insbesondere der/die KassiererIn sind
72 verantwortlich für die ordnungsgemäße Kassenführung, für die Erfassung und
73 Vollständigkeit der Buchführung, für die Finanzplanung, für die
74 regelmäßige Überprüfung der Beitragszahlungen und deren Höhe und für den
75 jährlichen Finanzbericht an die Mitgliederversammlung.
- 76 3. Der Vorstand erarbeitet auf der Grundlage eines Vorschlages des/der
77 KassiererIn jährlich einen Haushaltsentwurf. Der Haushalt wird von der
78 Mitgliederversammlung verabschiedet. Darüber hinaus stellt der/ die
79 KassiererIn eine mittelfristige Finanzplanung auf, aus der die
80 Vermögensentwicklung und die Rücklagen für Wahlkämpfe hervorgehen. Soweit
81 ein Haushaltsentwurf nicht aufgestellt wird, dürfen nur Ausgaben erfolgen,
82 für die eine rechtliche Verpflichtung besteht. Neue Verpflichtungen dürfen
83 außer für den laufenden Geschäftsbetrieb nicht eingegangen werden. Ist
84 abzusehen, dass der Haushalt mit einem unvorhergesehenen Defizit
85 abgeschlossen wird, legt der/ die KassiererIn der Mitgliederversammlung
86 unverzüglich einen Nachtragshaushalt vor. Umschichtungen zwischen
87 einzelnen Haushaltstiteln sind durch Vorstandsbeschluss möglich. Hierzu
88 ist die Zustimmung des/ der KassiererIn notwendig. Weiteres kann in einer
89 Geschäftsordnung des Kreisvorstandes festgelegt werden.
- 90 4. Der Kreisverband hat für eine angemessene Finanzverteilung zwischen KV und
91 OV zu sorgen. Dazu kann die Kreismitgliederversammlung eine Verteilung der
92 Zuschüsse aus der staatlichen Grundfinanzierung zwischen den Kreis- und
93 Ortsverbänden beschließen. Die Kreismitgliederversammlung kann von den
94 Ortsverbänden an den Kreisverband abzuführende Beitragsanteile festsetzen.
- 95 1. Der KV erhebt eine eigene Umlage von 20% auf den tatsächlich
96 gezahlten Mitgliedsbeitrag und zieht diese ebenfalls quartalsmäßig
97 von den OVs ein. Berechnungsgrundlage hierfür ist der
98 Jahresabschluss des jeweiligen Vorjahres.
- 99 2. OVs mit eigenen Konten geben dem KV eine Einzugsermächtigung und
100 sorgen für eine ausreichende Deckung ihres Kontos. Der KV kann für
101 den Fall, dass Rücklastschriften entstehen, die Kassenführung nach
102 zweimaliger Mahnung mit einer Frist von vier Wochen an sich ziehen.
103 Diese Maßnahme ist in der zweiten Mahnung anzukündigen.
- 104 3. Den Ortsverbänden ist ein angemessener Anteil der Mitgliedsbeiträge
105 für ihre Arbeit zu belassen. Eine Abführung von mehr als 50% der
106 einem Ortsverband nach Abzug der an Bundes- und Landesverband
107 abzuführenden Beitragsanteile verbleibenden Mitgliedsbeiträge ist
108 unzulässig. Es ist vom jeweiligen OV sicherzustellen, dass nicht
109 durch wesentliche Beitragsminderung - ohne nachweislichem Grund -
110 ein Missbrauch des Solidaritätsprinzips entsteht.

- 111 4. Auf Kreisebene wird ein OV-Solifonds eingerichtet. Die Mittel [\[HS2\]](#)
112 aus dem Solifonds sind zweckgebunden für die Wahlkampfausgaben der
113 Ortsverbände. Die Ortsverbände zahlen 5% der tatsächlich gezahlten
114 Mitgliedsbeiträge (Berechnungsgrundlage hierfür ist der
115 Jahresabschluss des jeweiligen Vorjahres) in den OV-Solifonds. Der
116 Kreisverband zahlt 20% seiner Einnahmen aus der staatlichen
117 Grundfinanzierung in den OV-Solifonds. Der/ die Kreiskassierer*in
118 lädt etwa ein Jahr vor jeder Wahl zu einer OV-
119 Kassierer*innenversammlung ein, auf der die Kriterien für
120 Ausschüttungen aus dem Solitopf an die OV's festgelegt werden. Die
121 Ortsverbände können die ausgeschütteten Mittel ausschließlich für
122 ihre Wahlkampfausgaben verwenden.
- 123 5. Zum Abruf der Mittel aus dem Solifonds legen die Ortsverbände dem
124 Kreisvorstand einen Antrag inkl. Wahlkampffinanzplanung spätestens
125 sechs Monate vor dem Wahltermin vor. Nicht abgerufene Mittel werden
126 vom Kreisverband für Wahlkampfmaßnahmen in dem jeweiligen OV Gebiet
127 verwendet.
- 128 6. Die Finanzverteilung im KV wird im ersten Quartal 2022 überprüft und
129 bei erkennbaren Missverhältnissen abhelfend angepasst.
- 130 5. Ein Ortsverband kann zwecks Verwaltungsvereinfachung die Kassenführung an
131 den Kreisverband per MV-Beschluss abgeben, entweder durch
132 1. Übergabe der Verwaltungsarbeiten, wie z.B. die Buchführung, wobei
133 die Finanzautonomie beim OV verbleibt (Der KV kann hierfür eine
134 Gebühr erheben)
- 135 2. Verzicht auf die Finanzautonomie und Übertragung an den KV, wobei
136 der KV dem OV finanzielle Mittel nach Vereinbarung bereitstellt.
- 137 6. Die Kostenerstattungsordnung des Landesverbandes ist für den Kreisverband
138 maßgebend. Die Mitgliederversammlung kann im Rahmen der steuerlichen
139 Grenzen abweichende Regelungen beschließen.

140 §6 Kassenführung der Ortsverbände

- 141 1. Jeder Ortsverband der Partei mit eigener Kassenführung hat ein für den
142 Finanzbereich zu ständiges Vorstandsmitglied direkt in das Amt zu wählen,
143 das insbesondere verantwortlich ist für
- 144 • die Erstellung des Kassenbuches und die Buchführung,
 - 145 • die Erstellung der Finanzplanung,
 - 146 • die regelmäßige Überprüfung der Beitragshöhe
 - 147 • den jährlichen Finanzbericht an die Mitglieder oder Mitgliederversammlung
 - 148 • die fristgerechte Erstellung des Rechenschaftsberichts nach dem
149 Parteiengesetz.
- 150 2. Der Rechenschaftsbericht ist umgehend nach Erstellung, spätestens am 15.2.
151 des folgenden Jahres für die Konsolidierung dem Kreisverband vorzulegen.
152 Kommt ein Gebietsverband seiner Rechenschaftspflicht nicht nach, so sind
153 Sanktionen des Landesverbandes gegen den Ortsverband, der die Verspätung
154 verursacht hat an diesen weiterzuleiten.
- 155 3. Das für den Finanzbereich zuständige Vorstandsmitglied darf nicht
156 gleichzeitig die Geschäftsführung des betroffenen Gebietes innehaben.

157 §7 Rechenschaftsbericht

- 158 1. Die Mitglieder des Kreisvorstandes des Kreisverbandes sind verantwortlich
159 für die ordnungsgemäße und fristgerechte Erstellung des mit den Ortskassen
160 konsolidierten Rechenschaftsberichtes des Kreisverbandes nach dem
161 Parteiengesetz und die Abgabe an den Landesverband bis zum 31.03. des
162 folgenden Jahres.
- 163 2. Der Rechenschaftsbericht der Ortsverbände mit Finanzautonomie ist umgehend
164 nach Erstellung, spätestens am 15.02. des folgenden Jahres beim
165 Kreisverband abzugeben. Kommt ein Ortsverband seiner Rechenschaftspflicht
166 nicht nach, so sind nachfolgende Sanktionen gegen den Ortsverband möglich:
167 Reicht ein Ortsverband seinen finanziellen Rechenschaftsbericht verspätet
168 ein, muss er beginnend mit dem 01.03. je angefangene Woche bis zur Abgabe
169 des Berichts 300 EUR Entschädigung an den Kreisverband zahlen. Über
170 Ausnahmen von dieser Regelung entscheidet der Kreisvorstand. Ist die
171 rechtzeitige Abgabe des Rechenschaftsberichtes an den Landesverband
172 gefährdet, kann der Kreisverband die Kassenführung des Ortsverbandes an
173 sich ziehen oder einen Beauftragten/eine Beauftragte einsetzen.
- 174 3. Der konsolidierte Rechenschaftsbericht des Kreisverbandes (KV inkl. OV) wird
175 vor Abgabe an den Landesverband im Kreisvorstand beraten. Die für die
176 Finanzangelegenheiten zuständigen Vorstandsmitglieder versichern mit ihrer
177 Unterschrift, dass die Angaben in ihren Rechenschaftsberichten nach bestem
178 Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß gemacht worden sind. Neben dem für die

179 Finanzangelegenheiten zuständigen Vorstandmitglied muss der/die
180 Vorsitzende den Bericht bestätigen.

181 §8 Rechnungsprüfung und Aufbewahrungsfristen

182 1. Die von der Mitgliederversammlung zu wählenden RechnungsprüferInnen prüfen
183 mindestens einmal jährlich das Übereinstimmen von Buchungen und Belegen,
184 die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung, die Angemessenheit der Ausgaben und
185 die Übereinstimmung mit den Beschlüssen von Vorstand- und
186 Mitgliederversammlung. Sie berichten der Mitgliederversammlung über das
187 Ergebnis der Prüfung und stellen den Antrag auf Entlastung des Vorstandes
188 in Finanzangelegenheiten. Die Rechnungsprüfungsbestätigung nach Vorgabe
189 des Landesverbandes muss dem Rechenschaftsbericht unter Beachtung der
190 Abgabefristen beigelegt werden.

191 2. Die Rechnungsunterlagen, Bücher, Bilanzen, Kopien der
192 Zuwendungsbestätigungen (nur beim KV) und die Rechenschaftsberichte des
193 Kreisverbandes - inklusive der Ortsverbände - müssen 10 Jahre aufbewahrt
194 werden. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit Ablauf des Rechnungsjahres.

195 §9 Schlussbestimmung

196 1. Soweit Regelungen hier nicht getroffen oder unwirksam sind, gilt die
197 Beitrags und Kassenordnung des Landesverbandes entsprechend.

198 2. Diese Ordnung tritt rückwirkend zum 01.01.2020 in Kraft

Begründung

Unsere Beitrags- und Kassenordnung (BuK) ist seit 2012 nicht mehr angepasst worden und entspricht nicht mehr der heutigen Zeit. Neben dieser Anpassung an die Muster-KuV des Landesverbandes (LV) sind nun auch die Prozesse zu regeln, wenn Ortsverbände ihre Mitgliedbeiträge und die Kasse eigenverantwortlich verwalten wollen.

Die Ortsverbände Rotenburg und Bothel haben sich zu diesem Schritt zum 1. Januar 2020 entschlossen.

Dadurch sind neben redaktionelle Verbesserungen weiterreichende Änderungen erforderlich.

Auf Antrag von Stefan Fuchs wurden Änderungsvorschläge berücksichtigt. Die BuK sieht nun auch einen OV-Soli-Fond zum Ausgleich von Strukturunterschieden zwischen den OV's zweckgebunden für Wahlkampfausgaben vor.

Diese BuK wurde zusammen mit dem Landesfinanzreferenten und den OV's entwickelt und abgestimmt. Sie schafft klarere Regeln und Transparenz für alle Beteiligten.